

WELT IM WANDEL

ZEITUNG FÜR NEUES DENKEN

›Welt im Wandel - Die Neue Zeitung‹ erscheint zweimonatlich im Georg von Soyler Verlag - Jahrg. 1, Nr. 2; München, November 2017

Extrablatt

Jamaika – eine Farce!

Wie die Grünen zu Kreuze kriechen – Wie Themen abserviert werden – Wie die Großen das Spiel beherrschen – Wie die Medien kuscheln – Was für die Bürger bleibt!

Miserable Kompromisse statt Neuwahlen – Aufrüstung der Meuterei – Hochzüchtung der AfD

So langsam schält sich die Wahrheit heraus: Sie besteht aus einem riesigen Lügengebäude, denn es geht ja gar nicht um eine funktionierende Regierung, es geht darum, dem Bürger Sand in die Augen zu streuen. Der Bürger soll glauben, dass dieses ›Ringens um eine Einigung‹ zu seinen Gunsten sein soll. Doch das ist nicht so:

Die Grünen als kleinste Partei gehen den ersten Schritt auf eine Einigung zu, die Gelben folgen. Die Schwarzen Uneinigen obsiegen. Es muss vorangehen. Richtig, denn genaugenommen haben wir, solange verhandelt wird, keine Regierung. Es ist nur die alte, die kommissarisch die Geschäfte weiterführt. Und es ist ein Drama, dass bisher bei den Sondierungsgesprächen – nichts – herausgekommen ist, was bedeutet, dass Keiner nachgeben wollte. Insofern war das Vorangehen der Grünen ein sinnvoller Vorstoß. Hat er etwas bewirkt? Ja, die Gelben folgten. Geht es damit besser? Nein, denn die Schwarzen triumphieren. Das ist wieder die alte Regierung. Eine Regierung aus Widerborstigen, Uneinsichtigen, Udemokratischen, Diktatoren – wie man ja auch sieht, denn sie haben sich wie Diktatoren durchgesetzt.

Was statt dessen?

Was Deutschland braucht sind Reformen, wobei Frankreich nicht unbedingt ein nachahmenswertes Beispiel abgibt, denn Unsoziales als Politik haben wir schon Jahrzehnte. Also hat Frankreichs Makron sich eher Deutschland zum Vorbild genommen, was aber zeigt, wie die Wirtschaft unser Leben beeinflusst und das eher schlechte Wohlergehen der Bürger.

Genau davon muss sich Deutschland aber verabschieden. Dieser Kuschelkurs mit der Wirtschaft – die sich am wenigsten am Menschen ausrichtet, sondern allein an Geld und Gewinn kann nicht aufrecht-

erhalten werden, soll das Volk nicht vor die Hunde gehen.

Dies aber sehen weder die Schwarzen, noch die Gelben als Vorbedingung. Was also will diese Regierung in den Verhandlungen erreichen? Eine Einigung? Worüber? Es ist jetzt schon absehbar, dass das Volk wieder auf der Strecke bleibt. Man dreht hier an einem Schraubchen und dort an einem, und noch an ein paar anderen Stellen, und wenn dann die Regierung steht, geht der alte Trott weiter. Bis es der Sand im Getriebe die AfD zu Hochform – heißt zweitstärkste Kraft – hoch stilisiert, und sich die Parteien wieder fragen: ›Wie konnte das geschehen?‹, und die doofste Antwort folgt: Das haben wir nicht gewollt.

Rettung aus dem Dilemma

Von Beginn an – nach den Wahlen – haben die Medien dafür gesorgt, dass aus dem schlechten Abschneiden der großen Volkparteien die sogenannte Jamaika-Koalition angepeilt wurde, statt Neuwahlen zu favorisieren. Eine Fehlentscheidung, wie sich zeigt, die die Medien zu verantworten haben, die damit wiet über das hinausgeschossen haben, was ihnen eigentlich obliegt, nämlich unpräzise zu berichten. Es geht die Medien einen Scheißdreck an, sich in die Politik einzumischen und Empfehlungen zu verbreiten, wie denn die Politik vorgehen sollte. Die Medien sind unabhängiger Berichterstattung verpflichtet und sonst nichts. Leider ist dies aber

Deutlich wird es daran, dass – zum Beispiel – die soziale Komponente, wie Gesundheitsreform, Krankenversicherung und Rentensystem, aus den Sondierungsgesprächen herausgehalten, quasi unter den Teppich gekehrt werden. Was also kann der Bürger von solchen Sondierungen erwarten? Nur, dass es mal wieder nicht um ihn geht.

außer Mode gekommen, und daher ist es auch nicht verwunderlich, dass von rechts laut der Schreitönt: ›Lügenpresse‹. Und er ist auch nicht wegzuwischen, denn man muss auch sehen, dass in Zeiten der Smartphone-Vernetzung die Menschen nicht mehr so leicht unterwürfig zu halten sind, wie Presse und Politik das gerne hätten.

Wie wird es weitergehen?

Schön wäre es, wenn keine Einigung zustande käme und dann Neuwahlen unabdingbar wären. Leider ist aber der Kleber zwischen Stuhl und Draufsitzendem überaus stark, so dass man davon ausgehen muss,

dass eine Übereinkunft auf Biegen und Brechen erfolgen wird.

Dem Deutschen Staat ist damit nicht gedient und dem Volk erstrecht nicht. Ändern werden wir Bürger das nicht können. Wir müssen auch diesmal kuscheln, oder versuchen aufzumucken. Die Chancen dafür stehe nicht schlecht, denn die Junge Union der CSU probt schon mal den Aufstand gegen Horst Seehofer, und wenn der gelingt, kann es sein, dass auch andere Jugendorganisationen anderer Parteien nachziehen und die Sesselfurzer von ihren Stühlen verjagen. Ob das zu einer gravierenden Änderung der Politik in Berlin führen kann, lassen wir offen. Der ausgelutschte, aber wahre Satz bleibt: Die Hoffnung stirbt zuletzt. *orca*

Dankbar sein!

Das soll keine Predigt werden. Dennoch sind die Whistleblower es wert, dass man ihnen ein riesengroßes »Danke schön« widmet, denn gäbe es sie nicht, nähme die Ungerechtigkeit ungebremst an Fahrt auf.

Das vorletzte Daten-Leak umfasst 2,6 Terabyte Daten, 11,5 Millionen Dokumente, 214.000 Briefkastenfirmen, usw. Das derzeit neueste Leak ist noch nicht vollständig erfasst, dürfte ähnlich umfangreich sein. Die Bundesregierung verhindert nach wie vor ein Vorgehen gegen beteiligte Firmen, Politiker, Banken und weitere Beteiligte, denn ›Freunde‹ ver-

prellt man nicht. Es wird sich auch in der zukünftigen Regierung in dieser Auffassung nichts ändern, auch wenn dem deutschen Fiskus dadurch jährlich etwa 60 Milliarden Euro Steuergelder entgehen. Die Bürger sind ja so nett und zahlen für das Wohl des Staates. Dafür sagen auch wir: Danke!, ›lieber Staat!‹

Enrico